

Beantwortung Wahlprüfsteine

LSVD Sachsen vom 15. Juli 2024

1. **Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt fortführen:** Welche Elemente sind Ihnen bei der Weiterentwicklung des Landesaktionsplan Vielfalt besonders wichtig, um dessen Erfolg und Finanzierung zu sichern??

Der Schlüssel zu mehr Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und dem Abbau von Diskriminierung ist eine freie und tolerante Gesellschaft. Bildungsmaßnahmen sind uns daher im neuen Landesaktionsplan besonders wichtig. Dazu gehören Projektstage in Schulen, Weiterbildungen in Behörden oder Austauschformate mit den Wirtschaftskammern. Damit die Arbeit in diesem Bereich auch künftig bestmöglich gelingen kann, setzen wir auf die weitere Stabilisierung und Professionalisierung der queeren Trägerlandschaft und ihrer Projektverbünde.

2. **Vielfalt in der Bildung fördern:** Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um queere Lebensrealitäten in der Schule, in der frühkindlichen Bildung und Erwachsenenbildung zu verankern?

Kinder und Jugendliche sollen so leben können, wie sie das fühlen und wollen. Queere Lebensentwürfe und die Aufklärung darüber gehören daher in den Lern- und Lebensalltag von jungen Menschen. Wir wollen, dass sie frei von Diskriminierung aufwachsen können. Dafür braucht es Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit. Deshalb schätzen wir die Bildungsarbeit von Vereinen wie Rosalinde, Gerede und Different People sehr.

Wir wollen auch, dass alle Kinder und Jugendlichen eine Ansprechperson bei Problemen und Herausforderungen des Alltags haben. Das hilft nicht nur bei schulischen oder familiären Problemen, sondern z. B. auch bei queerfeindlichen Erfahrungen. Dafür werden wir die Schulsozialarbeit weiter ausbauen und auch die Ombudsperson gegen Diskriminierung an Schulen weiter stärken.

Kommunen prägen mit ihren Angeboten das Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen erheblich. Daher darf die örtliche Kinder- und Jugendhilfe auch bei schwieriger Haushaltslage nicht ins Hintertreffen geraten. Mit einem Landesprogramm Kinder- und Jugendarbeit werden wir die Handlungsfähigkeit der Kommunen verbessern, um auch außerschulische Angebote vor Ort zu erhalten und auszubauen.

3. Hasskriminalität bekämpfen: Wie wollen Sie queerfeindlicher Hasskriminalität präventiv entgegenwirken und gerade im ländlichen Raum für einen sicheren Alltag sorgen??

Mit Sorge beobachten wir den Anstieg aggressiven Verhaltens gegenüber queeren Menschen. Die Angriffe gegen queere Menschen und Feminist:innen nehmen in Sachsen stetig zu – in Worten und Taten. Besonders wichtig ist uns daher der Gewaltschutz für queere Menschen. Hierfür braucht es effektive Schutzkonzepte und mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote – in den Städten und auf dem Land – sowie eine landesweite Kampagne gegen Queerfeindlichkeit. Wir setzen uns für eine starke Zivilgesellschaft ein, die täglich vor Ort mit Projekten eine diverse und pluralistische Gesellschaft sichtbar macht und feiert. Aufklärungsarbeit, gerade auch an Schulen, ist ein weiterer wichtiger Beitrag, um queerfeindlicher Hasskriminalität präventiv entgegenzuwirken.

Im Rahmen der sächsischen Polizeiarbeit haben wir dafür gesorgt, dass Ansprechpersonen für Lesbtqi* in der Polizei Sachsen etabliert wurden, die sich verantwortlich fühlen und dafür qualifiziert sind. Künftig möchten wir zudem bei allen sächsischen Staatsanwaltschaften Lesbtqi* Ansprechpersonen einsetzen. Außerdem können Hasskommentare nunmehr leichter und schneller über die Online-Wache angezeigt werden. Betroffene können sich u.a. an die spezialisierte Zentrale Ansprechstelle für Opfer (rechts-)extremistischer Bedrohungen (ZASTEX) wenden und dort Hilfe erwarten. Weil Rassismus, Nationalismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht nur das gesellschaftliche Klima vergiften, sondern für betroffene Menschen auch eine große Gefahr für Leib und Leben sind, stehen wir für konsequente Strafverfolgung und die Förderung von Präventionsarbeit ein.

Zusätzlich ist es wichtig, dass Informationen zu Hilfsangeboten und -strukturen möglichst niedrigschwellig verfügbar sind. Dazu sollten die Netzwerke der verschiedenen Beratungsstellen gebündelt werden. Eine Idee kann hier eine „Help-Card“ sein, bei der alle wichtigen Informationen zusammengefasst sind. Ähnliches gibt es zum Beispiel für Akut-Hilfsangebote für wohnungslose Menschen. Diese hat sich in der täglichen Sozialen Arbeit bewährt.

4. Familienvielfalt stärken: Welche Schritte planen Sie, um einen zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in Behörden und Bildungseinrichtungen zu fördern und die Förderung assistierter Reproduktionsmedizin für alle Menschen zugänglich zu machen??

Wir stehen für eine Politik des Respekts gegenüber Familien, die dafür sorgt, dass Kinder und Jugendliche und ihre Eltern gut miteinander leben und füreinander da sein können. In Sachsen sollen alle Familienformen Akzeptanz und Unterstützung finden, denn Familie ist vielfältig und überall dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Daher begrüßen wir die geplante Reform des Abstammungsrechts auf Bundesebene. Ziel ist u.a. die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren sowie mehr Rechtssicherheit für Samenspenden durch Elternschaftsvereinbarungen. Wir möchten queere Familien in der Familiengründung unterstützen, daher setzen wir uns für eine finanzielle Unterstützung bei Kinderwunschbehandlungen von gleichgeschlechtlichen Paaren ein.

Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe wollen wir in Fortbildungen und bei der Fachberatung zum Thema **Isbtiq*** stärker sensibilisieren und auch staatliche Beratungsstellen stärker für die Bedarfe von **Isbtiq*** Familien, Kinder und Jugendliche aufschließen. Von besonderer Bedeutung ist für uns die queere Bildungsarbeit an Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, die wir finanziell absichern wollen.

5. Akzeptanz in der Arbeitswelt: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Regenbogenkompetenz von Führungskräften in Einrichtungen des Freistaats Sachsen und bei privaten Unternehmen in Sachsen zu erhöhen?

Die SPD Sachsen setzt sich für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft ein, in der sich jeder Mensch frei entfalten kann. Diskriminierung darf somit auch am Arbeitsplatz keinen Raum haben. Uns ist jedoch bewusst, dass wir es hier mit langjährigen gesellschaftlichen Prozessen zu tun haben. Wichtig ist uns daher, für die Belange von **Isbtiq*** Arbeitnehmer*innen zu sensibilisieren und Diskriminierung weiterhin gezielt entgegenzuwirken. Ein wesentliches Instrument hierzu ist das 2004 von der sächsischen SPD initiierte Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“, das Strukturen und Expertise im Bereich der demokratischen Bildungsarbeit in Sachsen sichert und auch spezifische Projekte und Projektbestandteile fördert, die sich an Arbeitgebende richten. Das Programm „Weltoffenes Sachsen“ ist im Haushaltsjahr 2024 mit 9,52 Millionen Euro ausgestattet. Wir wollen das Programm fortführen und stärken. Des Weiteren können über die Richtlinie Chancengleichheit im Rahmen des Landesaktionsplans Vielfalt entsprechende Projekte beispielsweise in Kommunen oder Unternehmen gefördert werden.

Fort- und Weiterbildung sind für uns ein wesentlicher Schlüssel, um einen diskriminierungssensiblen Umgang in der Verwaltung zu erreichen. Das Führungspersonal in der sächsischen Verwaltung sehen wir aufgrund seiner Vorbildfunktion dabei in einer besonderen Verantwortung. Aus- und Weiterbildungsangebote im Antidiskriminierungsbereich, die auch **Isbtiq*** Belange thematisieren, möchten wir an der HSF Meißen stärken und bedarfsgerecht ausbauen. Darüber hinaus existieren inzwischen in allen Behörden des Geschäftsbereichs der Staatsregierung Beschwerdestellen gemäß §13 des Allgemeine Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Nach Inkrafttreten des Gesetzes wurden Schulungen für alle Bediensteten im öffentlichen Dienst der Landesregierung zum AGG durchgeführt, hierbei wurde auch für **Isbtiq*** Belange sensibilisiert. Auch in Zukunft werden wir Bedienstete des Landes Sachsen durch entsprechende Weiterbildungs- und Schulungsangebote informieren und sensibilisieren.

6. **Förderung queerer Kultur:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass queere Kunst und Kultur explizit staatlich gefördert und in anderen Kulturbereichen inkludiert wird? Wenn ja, wie?

Wir fördern Kunst und Kultur, ohne ihre freie Entfaltung zu behindern. Wir würdigen Kunst und Kultur im Hinblick auf ihre Funktion, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Gerade in Zeiten, die von Wandel besonders intensiv geprägt sind.

Vielfältige Perspektiven im Kulturbereich möchten wir bei der Förderung künftig stärker berücksichtigt wissen. Wir werden daher darauf hinarbeiten, dass Auswahlgremien im Bereich der Kulturförderung diverser besetzt sind und Diversität als Querschnittsaufgabe in der Zielsetzung der Kulturförderung definiert wird.

7. **Schutz für queere Geflüchtete:** Wie wollen Sie sicherstellen, dass queere Geflüchtete diskriminierungsfrei betreut werden und die Gesellschaft für deren Schutzbedürfnisse sensibilisiert wird?

Im Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen ist bereits festgehalten, dass die Leiterinnen und Leiter der Erstaufnahmeeinrichtungen informiert und sensibilisiert werden sollen. Außerdem wurde das Gewaltschutzkonzept für diese Einrichtungen mit Blick auf **Isbtiq*** Personen angepasst und sollte auch künftig weiterentwickelt werden.

Das sächsische Netzwerk für den Schutz, die sichere Unterbringung und die weitere Betreuung von gewaltbetroffenen **Isbtiq*** Geflüchteten verdient Unterstützung, genauso wie die merkmalsübergreifende Beratung. Hier sind besonders die Antidiskriminierungsarbeit und Antidiskriminierungsberatung, die wir erstmals einrichten und aufbauen konnten, wertvoll und fortzuführen.

Das Sächsische Teilhabe- und Integrationsgesetz wurde von uns auf den Weg gebracht. Es verdeutlicht, dass Integration keine vorübergehende Aufgabe ist, sondern fester Bestandteil in unserer Gesellschaft. Wir werden es mit allen Akteur:innen in Sachsen weiterentwickeln. Integration findet vor Ort statt. Dort müssen Menschen ankommen können, Kontakt und Unterstützung finden sowie Angebote für Freizeit und Arbeit haben. Für die vielfältigen Aufgaben der Integration wollen wir die Kommunen verlässlich ausstatten und die Pauschalen anpassen. Zukünftig sollen unter dem Dach kommunaler Integrationszentren die Integrationsangebote in allen Landkreisen und kreisfreien Städten auf dem gleichen Niveau erfolgen.

Wir wollen, dass Sachsen genügend Erstaufnahmekapazitäten für geflüchtete Menschen vorhält. Bei der Verteilung muss das Land endlich eine Koordinierungsrolle annehmen. Flüchtlingssozialarbeit soll Wissen über das Leben und die nötigen (ersten) Schritte in Sachsen vermitteln, Integrationsanschub sein sowie besonders vulnerablen Gruppen ihren Bedürfnissen entsprechende Unterbringung und Versorgung sichern. Wir werden sie weiterführen. Alle Geflüchteten, ob minderjährig oder erwachsen, ob allein oder mit Familie geflohen, ob aus der Ukraine oder aus anderen Krisen- und Kriegsregionen,

haben einen Anspruch, menschenwürdig untergebracht zu werden. Im Idealfall möglichst bald in dezentralen Wohnungen.

Zur Teilhabe gehört für uns auch, dass Migrantinnen und Migranten sich organisieren und ihre Interessen und Themen mit starker Stimme vertreten können. Daher werden wir die Selbstorganisation von Migrant:innen unterstützen und fördern.

8. Vielfalt im Alter: Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um in ganz Sachsen eine queersensible Unterstützung und Pflege älterer Menschen zu gewährleisten?

Vielen älteren Lsbtiq* Personen bereitet das Thema Wohnen und Pflege im Alter Sorgen und es ist mit Ängsten verbunden, die auf Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung basieren. Eine konkrete Befürchtung ist, im betreuten Wohnen und in der Pflege mit Personal konfrontiert zu werden, das die besondere Situation dieser Personengruppen nicht versteht und auf individuelle Bedürfnisse nicht eingehen kann oder will. Zu oft bestätigen sich Sorgen vor Ausgrenzung und Isolation. Daher sind Lsbtiq* Personen im Alter auf ein Umfeld angewiesen, das ihre besonderen Bedürfnisse kennt und achtet sowie bei der Betreuung und Pflege berücksichtigt.

Dem kann mit einer stärkeren, wohnortnahen und generationenübergreifenden Vernetzung von Lsbtiq* Personen im Alter entgegengewirkt werden. Wohnprojekte, Mehrgenerationenprojekte und altersgerechte Wohnformen, die das Zusammenleben von Lsbtiq* Personen ermöglichen und fördern, sind Ausdruck einer fortschrittlichen Wohnungspolitik. Die Unterstützung solcher Projekte durch Sensibilisierung zuständiger Stellen ist zwingend notwendig. Darüber hinaus unterstützen wir einen Dialog zwischen Vertreter:innen von Lsbtiq* Personen und der Altenpflege in Sachsen über Diskriminierungserfahrungen im Bereich der Altenhilfe. Dies kann zur Sensibilisierung von Pflegeleitungen und Pflegekräften sowie zur Schaffung eines offenen Klimas für Lsbtiq* Senior:innen beitragen.

9. Gesundheitsversorgung diversitätsgerecht gestalten: Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um medizinische Leistungen für trans*, inter* und nicht-binäre Personen in Sachsen diskriminierungsfrei zugänglich zu machen und Fachpersonal zu sensibilisieren??

Eine schlechtere Gesundheitsversorgung, psychische und physische Gewalt sowie ein höheres Risiko von psychischen Krankheiten und Suizid betroffen zu sein – all das gehört zu den Erfahrungen, die Lsbtiq* Personen bis heute machen müssen. Die Angst vor Diskriminierung kann für nicht wenige Menschen mit nicht heterosexueller Orientierung aber auch ein Grund sein, medizinische Versorgungsangebote nicht wahrzunehmen oder bei einer Behandlung die eigene sexuelle Orientierung zu verschweigen. Dabei sind es gerade Lsbtiq* Personen, die auf eine umfassende Gesundheitsversorgung und psychologische Unterstützung angewiesen sind. Denn rigide Geschlechtervorstellungen, Vorurteile gegenüber oder die Ablehnung von sexueller und

geschlechtlicher Vielfalt sowie Gewalt an Lesbtiq* Personen nehmen zu. Nicht selten leiden Lesbtiq* Personen überdurchschnittlich häufig an psychischen Problemen, haben mit Sucht zu kämpfen oder können nicht mit Mediziner:innen ihres Vertrauens über ihre Bedürfnisse und Erfahrungen sprechen.

In Sachsen hat Gesundheitsministerin Petra Köpping das „Sächsische Aktionsprogramm zu HIV/Aids und sexuell übertragbaren Infektionen“ 2023 umfassend überarbeitet. Schwule und MSM sind wichtige Gruppen der HIV- und STI-Prävention, denn sie stellen – trotz großem Rückgang – sowohl im Hinblick auf die Zahl der Menschen, die in Deutschland mit einer HIV-Infektion leben, als auch in Bezug auf die HIV-Neuinfektionen die größte Gruppe dar. Dies gilt auch für bestimmte STI wie die Syphilis. Wir unterstützen die Sächsische Aidshilfe und die Gesundheitsämter bei der Initiierung, dem Aufbau und der Weiterentwicklung spezifischer Präventionsangebote. Auch das Transgender-Netzwerk am Universitätsklinikum Leipzig ist eine wichtige Anlaufstelle und ein großer Fortschritt für Betroffene. Wir werden einen Dialog mit der Landesärztekammer initiieren, um zu klären, wie medizinische Fachkräfte in Aus-, Fort- und Weiterbildung für spezifische Belange von Lesbtiq* Personen und Lesbtiq* Familien sensibilisiert werden können.

10. **Rechtsextremismus und Antifeminismus entgegenwirken:** Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie antifeministische Bedrohungen durch rechtsextreme Bewegungen, Organisationen und Parteien bekämpfen?

Die Propaganda gegen Gleichstellung und Lesbtiq* ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen, auch antifeministische Bewegungen erstarben. Dem müssen wir mit Aufklärung und Bildungsarbeit entgegentreten, um einer drohenden gesellschaftlichen Rolle rückwärts entgegenzuwirken. Projekte müssen hierfür bei ihrer Aufklärungsarbeit unterstützt werden. Das gilt insbesondere auch für die Aufklärung an Schulen.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist zentral, wenn es um die Sicherheit in Sachsen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt unseres Landes geht. Mit Demokratiefeindlichkeit und gruppenbezogenem Hass werden wir uns nicht abfinden. Gesellschaft und Staat müssen solche Gefahren aktiv bekämpfen. Dafür gilt es den Menschen, die sich in Vereinen, Betrieben und Initiativen für unsere Demokratie und gegen Diskriminierung stark machen, weiterhin den Rücken zu stärken, sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen und zu schützen. Dazu werden wir das von uns initiierte Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus und das aufgebaute Demokratiezentrum weiterentwickeln. Wir setzen das Förderprogramm „Weltoffenes Sachsen“ fort, legen einen Fokus auf Demokratieförderung und wollen die Prävention weiter stärken. Wir sehen es als gemeinsame Aufgabe aller staatlichen Ebenen und der Zivilgesellschaft an, rechtsextreme Strukturen zu bekämpfen und demokratie- und menschenfeindliches Gedankengut zurückzudrängen. Die Menschen vor Ort dürfen sich damit nicht allein gelassen fühlen.

Rechtsextremen Strukturen das Wasser abzugraben, setzt auch voraus, dass nach dem Konzept "Follow the money" die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Finanzbehörden, Kommunen und dem Landesamt für Verfassungsschutz gestärkt wird, um völkische Siedlungsprojekte, Immobilienkäufe und szenetypische (Musik-)Veranstaltungen als strukturenverstärkende Säulen zu zerschlagen. Dafür setzen wir auch auf mehr Einbindung zivilgesellschaftlicher Expertise (vor Ort), die den Sicherheitsbehörden relevantes Wissen zur Verfügung stellen kann. Radikalisierungsprävention und Aussteigerprojekte wollen wir auch künftig fördern, hierfür stärken wir die Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA). Wir werden uns stetig dafür einsetzen, dass die zuständigen Stellen in Sachsen Vereinsverbote und die Unterbindung öffentlicher Finanzierungen für Parteien und parteinahe Stiftungen prüfen. Verfassungsfeinde gehören nicht in den Staatsdienst.